DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Hamburg

Rundschreiben Newsletter

Hamburg den 28.04.2023

In dieser Ausgabe:

Die FHH und das Jobticket für die eigenen Beschäftigten

Links

www.dstg-hamburg.de
Internetseite der DSTG

www.dbb-hamburg.de
Internetseite des dbb Hamburg

www.dstg.de
Internetseite der DSTG Bund

Kontakt

www.dstg-hamburg.de

buero@dstg-hamburg.de

verantwortlich i. S. d. P.
Thomas Kuffer

Die FHH und das Jobticket für die eigenen Beschäftigten

Wie bereits seit längerem bekannt ist, wird in der nächsten Woche das Deutschlandticket starten. Das Deutschlandticket für sich genommen ist bereits ein guter Anreiz ggf. das Auto mal stehen zu lassen und öfter den Bus oder die Bahn zu benutzen. Ich weiß, dass dies nicht für alle gilt, weil weiterhin die Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr in einigen Regionen fehlt oder einfach nur schlecht ist. An dieser Situation wird aber auch ein noch günstigeres Ticket nichts ändern. Diejenigen, die jedoch mehr mit Bus und Bahn unterwegs sind, werden durch diese Maßnahme um einiges entlastet. Nun kommen wir zu dem eigentlichen Grund dieses Newsletters, denn den bisherigen Inhalt kennt ja jeder aus seinen eigenen weiteren Informationsquellen.

Das Deutschlandticket kommt, die Verkehrsbünde haben sich darauf eingestellt und ihre Abos und weiteren Angebote darauf ausgerichtet; so auch der HVV. Dieser wandelt sein bisheriges Jobticket-Angebot um und bietet nunmehr zum einen ein vollständiges Jobticket (Klimaticket XL) an und zum anderen das sogenannte Klimaticket S. Alles nachzulesen auf der Homepage des HVV. Für das neue Jobticket stellt der HVV jedoch eine Bedingung, nämlich einen Zuschuss des Arbeitgebers zu den Kosten des Tickets. Durch diesen Zuschuss ist es möglich, das Deutschlandticket als Arbeitnehmer für 34,30 € zu erhalten, statt für 49,00 €. Der HVV definiert auf seiner Homepage selber, dass nur ein Ticket mit Arbeitgeberzuschuss noch ein Jobticket ist. Alles andere ist ein Deutschlandticket. Wir werden sehen womit die Stadt noch werben wird, aber eigentlich wäre nur das Deutschlandticket möglich.

Sie alle kennen schon die jahrelangen Diskussionen zu einer Bezuschussung des bisherigen Jobtickets von Seiten der FHH. Auch diesmal ist es nicht anders. Statt den mutigen und richtigen Schritt zu gehen, wie viele namenhafte Arbeitgeber in dieser Stadt und auch viele andere Bundesländer und der Bund, einen Zuschuss zu zahlen, entschied man sich bei der bisherigen Haltung zu bleiben und keinen Zuschuss zu zahlen. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht die Mobilitätswende in Hamburg aus. Von dem privaten Arbeitgeber wird gefordert, das Ticket mit Zuschuss anzubieten, aber selber ist man zu diesem Schritt nicht bereit.

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Hamburg

Rundschreiben Newsletter

Hamburg den 28.04.2023

In dieser Ausgabe:

Die FHH und das Jobticket für die eigenen Beschäftigten

Dies wollten und konnten wir, als Ihre Interessenvertretung in der Steuerverwaltung, nicht hinnehmen. Daher haben wir Senator Dr. Dressel aufgefordert, von diesem Irrweg Abschied zu nehmen und sich allen anderen anzuschließen.

Wie zu erwarten war, bleiben der Senator und mit ihm der gesamte Senat auf seiner Linie. Über einen Zuschuss kann man im Rahmen der Tarifverhandlungen reden (auf Kosten einer linearen Erhöhung), aber nicht vorher. Ich zitiere den Senator aus seinem Antwortschreiben wie folgt: „Ob und in welcher Höhe Hamburg das Deutschland-Ticket darüber hinaus für unsere Beschäftigten bezuschussen kann, wie bei den unterschiedlichen Modellen des HVV (Klimaticket, ProfiTicket) vorgesehen, sollte aus Hamburger Sicht im Kontext der Tarifvertragsverhandlungen geklärt werden.“

Wer sich diesen Satz durchliest, wird schnell feststellen, dass der Senat sich noch nicht mal ansatzweise festlegen will, ob er überhaupt einen Zuschuss zahlen möchte. Alles offen, Ausgang bleibt ungewiss.

Während CDU und Die Linke bereits entsprechende Anträge in die Bürgerschaft eingebracht haben, bereits jetzt eine Bezuschussung vorzunehmen, konnten sich die Regierungsfraktionen lediglich dazu durchringen, den Senat zu ersuchen, „im Kontext der Tarifverhandlungen sich dafür einzusetzen, dass allen Tarifbeschäftigten (und auch Beamten) eine vergünstigte…angeboten werden kann.“ Auch hier fehlt der Mut klar zu sagen, dass es einen Zuschuss geben soll. Davon mal ganz ab, dass der Antrag damit überschrieben ist „..Hamburgs Attraktivität als Arbeitgeberin sichern“.

In Zeiten von Fachkräftemangel handelt es sich nicht um einen Baustein zur Attraktivitätssteigerung für den Öffentlichen Dienst, sondern ist ein Baustein zur Demotivierung und Abkehr.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass ein Zuschuss nicht von einer linearen Erhöhung abhängig gemacht wird. Der Zuschuss muss gesondert als Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung gedacht sein und nicht als Vehikel zur Absenkung von linearen Erhöhungen.

Ihre DSTG

Links

www.dstg-hamburg.de
Internetseite der DSTG

www.dbb-hamburg.de
Internetseite des dbb Hamburg

www.dstg.de
Internetseite der DSTG Bund

Kontakt

www.dstg-hamburg.de

buero@dstg-hamburg.de

verantwortlich i. S. d. P.
Thomas Kuffer